Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst" sowie der illustrierten Wochenendbeilage „Der Sonntag" monatlich 2.40 M. einschl. 48 Pf. Bringerlohn. (Ohne „Sonntag" 2 M. einschl. 36 Pf. Bringerlohn.) Postbezug nur mit „Sonntag" 1.95 M. zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 18 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefwiederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 277 | Dresden, Sonnabend, den 26. November 1932 | 43. Jahrgang

Auch Kaas kann nicht helfen

Weder Mehrheitsregierung noch Tolerierungsmehrheit
Es droht wieder ein „Präsidialkabinett"

Der erste Teil des Kulissenspiels um die Regierungsbildung ist beendet.

Der Zentrumsführer Kaas hat dem Reichspräsidenten am Freitag nachmittag mitgeteilt, daß die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung im Augenblick nicht gegeben sei, daß der Wille zu einer derartigen Mehrheitsbildung aber größer sei, als bisher hätte angenommen werden können. Kaas hat den Reichspräsidenten zugleich gebeten, unter diesem Gesichtspunkt nunmehr an die Neubildung der Regierung heranzugehen und einem Mann seines Vertrauens einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Der amtliche Bericht über die Unterredung Hindenburgs mit Kaas schweigt sich darüber aus, ob der Zentrumsführer den Reichspräsidenten auch auf die Konsequenzen seines Vorschlags aufmerksam gemacht hat. Wir möchten es jedenfalls annehmen. Welcher Art diese Konsequenzen sind, liegt auf der Hand. Eine Regierung, die nach außen zwar als „Präsidialkabinett" firmiert, aber im Volke durch ihre Zusammenarbeit mit dem Reichstag eine Stütze sucht, kann nicht mit, sondern nur ohne Herrn von Papen gebildet werden. Ein Mann wie Papen wird im Reichstag nie mehr als die Unterstützung der Deutschnationalen finden. Schon sein Name bedeutet eine Provokation für das Volk und für das von ihm gewählte Parlament. Seine nochmalige Ernennung würde nur wieder zu dem Zustande führen, der schließlich den Rücktritt der Barone zur Folge hatte. Darüber scheint sich neuerdings auch der Reichspräsident Rechenschaft abgelegt zu haben, und wenn wir richtig informiert sind, hat er Herrn von Papen bereits am Freitag von dieser Auffassung Kenntnis gegeben. Es hat deshalb gegenwärtig den Anschein, daß Herr von Papen trotz allen Registern, die er in den letzten Tagen gezogen, und allen Minen, die er gegen Hitler und andere hat springen lassen, zum Leid der Deutschnationalen doch nicht wiederkehrt.

*

Gescheitert

Amtlich wird mitgeteilt:

„Der Reichspräsident empfing am Freitag, nachmittags um [illegible] Uhr, den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstages berichtete.

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie, ebenso wie die Zentrumspartei, bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als in Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend nicht zugesagt. Der Vorsitzende der Nationalsozialisten erklärte, an sich entspreche die Feststellung der sachlichen Grundlagen für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Ueberzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis der sachlichen Beratungen seitens maßgebender Stellen keine Folge gegeben würde, halte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr vertretbar.

Auf Grund der Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Prälaten für seine Bemühungen."

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absehen und spätestens am Sonnabend einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer Präsidialregierung beauftragen wird.

*

Vor Mittwoch keine Entscheidung?

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtber.) Die Besprechungen beim Reichspräsidenten sind mit dem Ergebnis abgebrochen worden, daß zunächst nochmals von den Parteien Stellung genommen werden soll, um eine möglichst breite Basis für das neuzuschaffende „Präsidialkabinett" zu schaffen. Aus diesem Entschluß wird maßgebenden politischen Kreisen entnommen, daß Papen nunmehr als Reichskanzler nicht mehr in Frage komme.

Die Stellungnahme der Parteien wird erst am Montag erfolgen, so daß die in Aussicht genommenen Besprechungen kaum vor Mitte der nächsten Woche beendet sind und mit der Erteilung eines Auftrages an einen neuen Mann nicht vor Mittwoch abend oder Donnerstag der nächsten Woche zu rechnen ist.

•

Hoffnungen ins Blaue

Man erwartet die Tolerierung durch Kaas, Dingeldey und die Splitter

D. Berlin, 26. November. (Eig. Funkspruch.) Die Bemühungen des neu zu ernennenden Reichskanzlers um die Zusammenarbeit mit dem Reichstag sollen, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nach den Wünschen des Reichspräsidenten dahin gehen, daß er die Mitarbeit aller Parteien annehmen soll, die sich ihm für eine „Tolerierung" (Duldung) zur Verfügung stellen. Derartige Zusagen sollen bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts berücksichtigt werden. Es werde erwartet, daß Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und die Splittergruppen sich nach Verhandlungen dem neuen Mann des „präsidialen Vertrauens" sofort zur Verfügung stellen werden. Inwieweit auch noch andere Gruppen der Regierung das Leben ermöglichen, soll für den Fall eines ablehnenden Entscheids der übrigen Parteien der Entscheidung des Reichstages überlassen bleiben. Die Hoffnung, daß sich so oder so doch noch eine Tolerierungsmehrheit findet, wird in der Umgebung des Reichspräsidenten noch nicht restlos aufgegeben. Falls die neue Regierung dennoch ein Mißtrauensvotum erhalten sollte, würde sie als geschäftsführende Regierung weiter amtieren. Als solche stehen ihr die gleichen Vollmachten und Befugnisse zu wie einer rechtmäßigen Regierung.

*

Raterei über Namen

D. Berlin, 26. November. (Eig. Funk). Der Reichsaußenminister von Neurath trifft heute abend von Genf kommend in Berlin ein. Er gilt in unterrichteten Kreisen nach wie vor als aussichtsreicher Kandidat für die Reichskanzlerschaft. Außerdem werden noch Dr. Geßler und Dr. Goerdeler (Oberbürgermeister in Leipzig) genannt. Eine Kandidatur Brachts dürfte auch für den Reichspräsidenten nicht in Frage kommen, weil er nach den Erklärungen des Zentrumsführers Kaas

Dokumente des Verrats

Die Scharfmacher gratulieren

Mit großem Getöse verkündete das ostsächsische Kommunistenblatt seinen Anhängern in diesen Tagen, daß es demnächst in großer Auflage als „Sondernummer gegen die SPD." erscheinen wird. Wie wir erfahren, hat der Verband Sächsischer Industriellen daraufhin einen Festabend mit Gelage angesetzt, denn wenn die Großindustriellen ihre Gelder nicht mehr zur Beschimpfung der Sozialdemokratie an die Nazis zu verplempern brauchen, weil das die KPD. gründlicher besorgt, so können sich die Wittke u. Co. daraufhin schon etwas leisten.

Als im alten Deutschland die Sozialdemokratie unaufhaltsam wuchs, ließ die Schwerindustrie um 1912 herum den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erstehen. Die schwerindustriellen Gelder flossen ihm nur so zu, und er leierte das Lied von den „Führern, die sich von Arbeitergroschen mästen", in allen Tonarten herunter. Reichslügenverband wurde er sehr bald im Volksmunde genannt. Er spickte die bürgerliche Presse mit entsprechenden Notizen gegen die „Partei Bebels". Der Krieg fuhr über ihn hinweg, der Reichslügenverband ist seit langem tot, aber seine Methoden zur Verleumdung der Arbeiterbewegung sind geblieben. Sie wurden gelehrig aufgegriffen durch die Nazis, deren Presse ein Jahrzehnt hindurch von der Hetze gegen die sozialdemokratischen Führer lebte. Immerhin setzte sich die Nazipresse nebenbei auch mit anderen Parteien auseinander.

Jetzt kommen die Thälmänner und zeigen der Reaktion, was eine Harke ist und wie man die Arbeiterbewegung durcheinanderbringt. Denn Sondernummern kommunistischer Blätter gegen die Eiserne Front — das war noch nicht da! Von Berlin her droht ein neues Kabinett der Kraut- und Schlotjunker; die Barone wollen wieder in den Sattel steigen, die Verfassung, die Volksrechte, das freie Wahlrecht sollen beseitigt werden. In Aufrufen zur Wahl hat die KPD. gebrüllt: Es gilt die sozialen Errungenschaften, es gilt die Tarife zu verteidigen. Nämlich jene Errungenschaften und jene Tarife, die von Sozialdemokratie und Gewerkschaften erkämpft wurden, während uns die KPD. zur selben Zeit in den Rücken fiel. Wie schützen die Moskauer heute diese Errungenschaften? Nicht etwa durch den verschärften Kampf gegen die deutsche Reaktion und ihre braunen Garden, sondern indem man die Sozialdemokratie als „Hauptfeind" erklärt, den sozialistischen Arbeitermassen den Krieg ansagt und die kommunistischen Blätter Sondernummern gegen die Sozialdemokratie fabrizieren.

Ein großer Teil kommunistischer Anhänger schüttelt über die Methoden des linksradikalen Zersplitterungswahns seit langem den Kopf. Zu denen gehört sogar Stalins Schwiegersohn, Heinz Neumann, der aus der Berliner KPD.-Zentrale herausflog, weil er daran zu zweifeln wagte, daß die SPD. der Hauptfeind sei. Ein Trotzki hat drei Broschüren geschrieben, in denen er diesen Unsinn brandmarkte, auf die konterrevolutionäre Situation Mitteleuropas verwies, den sozialistischen Burgfrieden und das Zusammengehen der sozialistischen Parteien als unerläßliche Notwendigkeit forderte. Aber Trotzki hat ja nur die weißgardistische Gegenrevolution vernichtet, die Rote Armee gegründet und einige marxistische Werke geschrieben, mithin ist er für Stalins deutsche Lakaien, die täglich die SPD. mit dem Maule vernichten, ein ganz gewöhnlicher „Bourgeois". Fertig sind sie mit einem der bedeutendsten und radikalsten Köpfe, die der internationale Sozialismus während der letzten dreißig Jahre hervorbrachte.

Die Kulis in den kommunistischen Redaktionen sind ohne den russischen Rubel nicht denkbar. Die KPD. ist zu schwach, als daß sie ihre Agitation aus eigenen Mitteln bezahlen könnte. Wenn Stalin befiehlt, so befiehlt der Brotgeber. Da gibt's kein Mucken und kein Zucken. Das ist ein saures Brot, und niemand von uns beneidet Thälmanns Kreaturen darum, denn viele von ihnen wissen, daß die von Moskau gepredigte Zersplitterung der Arbeiterbewegung nichts als Selbstmordtaktik ist. Aber sie dürfen sich keine Schwachheit merken lassen. Erst wenn Thälmann einmal stürzt, dürfen sie sich nach altem Brauch auf die gestürzte Garnitur stürzen.

Es werden keine Revolutionäre gezüchtet, sondern Mamelucken und Korruptionisten. Und nur mit solchen Geistern kann eine kommunistische Presse gegen die SPD. Sondernummern herausbringen, über die sich jeder Industriellenverband freuen kann. Diese Schande, Männer und Frauen der Eisernen Front, schleudert ihnen ins Gesicht, wenn sie euch in diesen Tagen die Dokumente des Arbeiterverrats ins Haus tragen!

Dr. Seifhammer.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19321126/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG